

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Feuilleton Nummer 22 und 37.

Börsen- u. Amt: Nr. 954 Berlin W. 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. W.

Groß-Amt bei der Reichsbank

Erkennungsweise (selbstleidend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Verkaufspreis: In den Abtheilungen in Stadt und Land 1,80 Goldmark, ins Ausland gebracht 2,00 Goldmark mehr, im Wochenbezuge 42 Goldpennig, ins Haus gebracht 4 Goldpennig mehr. Durch die Post bezogen 1,80 Goldmark, durch den Briefträger ins Haus gebracht 40 Goldpennig mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsmangel oder Aussetzung der Betreuer keinen Anspruch auf Vortierung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 10spaltige Kolonetzelle für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 5 Goldpennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 7 Goldpennig. — Für Kleinanzeigen die 4spaltige Kolonetzelle je Millimeterhöhe 20 Goldpennig. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Abdruck nach diesem Tarif, nur ohne eine sofortige Bezahlung, bei Kontanten und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 235

Mittwoch, den 7. Oktober 1925

115. Jahrgang

Die erste Konferenzsitzung in Locarno.

Schweizer Begrüßungstelegramm an die Konferenz.

Der Bundespräsident hat folgendes Telegramm an die Konferenz in Locarno geschickt:

Der Bundesrat und das Schweizer Volk rechnen es sich zur Ehre an, daß die internationale Konferenz für den Abschluß eines Sicherheitspaktes auf dem Boden der Eidgenossenschaft zusammentritt. In dem Augenblick, wo die Konferenz ihre Arbeiten beginnt, liegt mir daran, allen ihren Teilnehmern und insbesondere den Mitgliedern der beteiligten Regierungen den herzlichsten Willkomm zu entfehlen und dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß die Konferenz durch ihre Ergebnisse dazu beitragen möge, Europa und die Welt einer langen Periode des Friedens und der Wohlfahrt entgegen zu führen.

Eröffnungsrede Chamberlains.

Locarno, 5. Okt. Von 10 Uhr morgens an war die Umgebung um den Justizpalast, in dem um 11 Uhr die erste Sitzung der Konferenz stattfand, abgeperrt. Als Konferenzsaal ist ein geräumiger Raum im ersten Stock vorgesehen. Ein großer vierseitiger Tisch steht auf einem Perimeter. In jeder Ecke sind vier Stühle aufgestellt. So ist auf Wunsch der Anwesenden verfahren worden, ein Oben in der Verhandlung zu sitzen. Kleine Tische an den Seiten des Saals sind für die übrigen Mitglieder der Delegation reserviert. Unter den Fenstern des Sitzungssaals hängen die Fahnen der an der Konferenz beteiligten Mächte, nach dem französischen Alphabet geordnet. Sogar die polnischen und tschechischen Fahnen sind eingeordnet.

Die Delegierten trafen in folgender Reihenfolge ein: Chamberlain, dann Scialoja mit Grandi, dann Briand, alle im Auto, darauf Vandervelde mit seiner Begleitung zu Fuß und auf die Minute 11 Uhr die deutsche Delegation in zwei Automobilen. Zunächst begrüßte der Bürgermeister von Locarno, Musco, die Delegierten, worauf Chamberlain erwiderte und u. a. ausführte:

„Meine Herren, wir haben keineswegs durch Zufall auf der Suche nach einem Zusammenkunftsort, wo wir diese für die Geschichte Europas so wichtige Unterredung führen konnten, übereinstimmend unsere Wege nach der Schweiz gerichtet. Durch ihre Tradition, durch ihre Geschichte ist sie das Land der Befriedung und des Friedens. Es wäre überflüssig, mehrmals an alle die Dienste zu erinnern, die die Schweiz der Menschheit schon geleistet hat. Diese finden in der ganzen Welt Anerkennung. Weshalb kommt die Schweiz uns zu Hilfe. Von diesem Augenblick an hängt es nur noch von uns ab, uns der Ehre, die uns angetragen ist, der Freundlichkeit, die uns befehlet wurde, würdig zu erweisen. Noch einmal lege ich Wert darauf, Ihnen in meinem Namen und ich glaube Ihnen zu können, im Namen aller hier Vereinigten die Empfindungen der Dankbarkeit auszudrücken, die uns erfüllen.“

Bürgermeister Musco verabschiedete sich dann von seinen Gästen. Der Eintritt in die Arbeit der Konferenz wurde beschlossen, der Schweizer Bundesregierung telegraphisch den Dank auszusprechen für die Gastfreundschaft und die freundliche Aufnahme, die den Delegierten in Locarno zuteil geworden sei. Darauf

eröffnet Chamberlain die eigentliche Sitzung mit folgender Ansprache: „Dem einstimmigen Wunsch entsprechend, den Sie vorausichtlich gehabt haben, habe ich die Verantwortung dafür übernommen, unsere erste Zusammenkunft einzuberufen, da irgend jemand unter uns notwendigerweise die Initiative dazu übernehmen mußte. Ich wünsche, daß diese Unterredung einem so freien und so wertvollen formellen Charakter wie möglich bewahrt. Sobald wir die großen Linien unseres Vorgehens festgelegt und unsere Dispositionen über die Einberufung der Zusammenkunft getroffen haben, erlaube ich mir, anzudeuten, daß wir auf die Formlichkeiten eines Vorlagesverfahrens verzichten und uns auf dem frühestmöglichen Gleichheit treffen, wobei jeder nach bestem Können zu dem Erfolg unseres gemeinsamen Wertes beiträgt, das den Frieden und die Wohlfahrt Europas antreibt.“

Die einzelnen Delegationen brachten dann ihren Geist der Aufmerksamkeit und des guten

Willens zum Ausdruck, mit dem sie an die gemeinsamen Arbeiten herantreten. Es wurde einstimmig beschlossen, von einer Generaldiskussion abzusehen und sofort in eine Erörterung der einzelnen Artikel des von den Vorkonferenzmitgliedern in London ausgearbeiteten Vertragsentwurfs einzutreten.

Sindlich einiger Artikel, gegen deren Zustimmung Widerspruch nicht erhoben wurde. Einige Artikel gaben zu Ergänzungsanträgen Veranlassung. Die Anträge wurden den Juristen zur eingehenden Erörterung überlassen. Schließlich wurden einige weitere Artikel der internen Erörterung der Konferenz vorbehalten.

Die erste Zusammenkunft der Regierungsvertreter dauerte 14 Stunden. Sie verlief spannungslos und sachlich und umfaßte nach Erledigung der notwendigen Formalitäten, gegenseitigen Vorstellungen usw., eine erste kurze Ansprache. Dabei wurde insbesondere der Londoner Juristenentwurf erörtert und unter anderem auch die Bemerkungen, die die deutsche Delegation zu den einzelnen Punkten zu machen hatte, vorgebracht.

Dr. Luther und Dr. Stresemann sprachen durchweg deutsch. Ein Mitglied der deutschen Delegation wies die Überlegenheit

Locarno, 5. Oktober. Von maßgebender Seite verlautet, daß die deutsche Delegation mit dem Verlauf der ersten Sitzung zufrieden ist, trotzdem in dem gelassenen Abendklima der Konferenz vorüberging. Die alliierten Delegationen, darunter namentlich die Franzosen und Engländer, hatten nach Informationen aus englischer Quelle die Ansicht, das Tempo stark zu beschleunigen, also gewissermaßen die Deutschen zu überumpeln. Diefen Versuch wurde von deutscher Seite heftiger Widerstand entgegengeleitet.

Leichte Indisposition Dr. Stresemanns.

Locarno, 5. Okt. Die morgige Sitzung der Konferenz ist von Vormittag auf Nachmittag verschoben worden wegen einer leichten Indisposition des Ministers Dr. Stresemann, die auf die Wirkung des Klimawechsels zurückzuführen ist und voraussichtlich morgen beschwunden sein wird.

Die Haltung Italiens.

Der Führer der italienischen Delegation, Scialoja, erklärte, die italienische Delegation werde die Frage des Schutzes der Wiener Grenze nicht auf der Konferenz in Locarno zur Sprache bringen, da Italien nicht beabsichtigt, eine so wichtige Frage zum Gegenstand des Festhaltens zu machen. Sondern es werde Italien die Abkommen unterzeichnen, das durch freie Verhandlungen zwischen den beteiligten Nationen erzielt worden sei. Dieses zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland zu erzielende Abkommen müsse die Sicherstellung des Friedens gewährleisten.

Wortwechsel für die Konferenz.

In Locarno hielt Sonntagabend der Bischof der Diözese Tullin in der kathedrale Gottesdienst in Gestalt eines Pontifikalamias ab, bei dem ihm zahlreiche Geistliche assistierten. Der Bischof sprach in einer lauten und lebhaften Rede davon, daß die Schweiz und insbesondere Tullin dankbar für die Ehre seien, so viele Große der Welt bei sich verammelt zu sehen, um einem Werke des Friedens zu dienen. In Gebeten erstelte er den Bestand Gottes zum Gelingen der Konferenz.

Die englische Presse zur Konferenz.

London, 6. Okt. (Radiobotschaft des „Sor. Tagebl.“) Die Morgenblätter beschränken sich im Wesentlichen auf die Wiedergabe der Berichte ihrer Sonderkorrespondenten und der Nachrichtenagenturen aus Locarno. Als Meldungen haben die optimistischen und herkömmlichen Stimmung hervor, die auf der Konferenz herrsche. Die Nachrichten von Stresemanns leichter Erkrankung erregte Bedauern, doch hofft man, daß er heute nachmittags wieder hergestellt sein werde, um an den Beratungen teilzunehmen.

Der Sonderkorrespondent von Reuters in Locarno erklärt, eines der bemerkenswertesten Zeichen der Konferenz sei bisher der offenkundige Wunsch der Franzosen und der Deutschen, zu einer Einigung zu gelangen.

Der Sonderkorrespondent der „Weltanschauer“ berichtet, es habe den Anschein, als ob die Konferenz ihre Verhandlungen über den Westpakt bereits diese Woche beenden könne. Es werde noch viel von dem möglichen Einfluß der Volkswirtschaften gesprochen, die versuchen, Deutschland an dem Eintritt in den Westpakt zu verhindern. Aber Briand zeige so viel guten Willen, den Deutschen entgegenzukommen, daß dieser Gedanke nicht ernst Erwägung finde. Es habe schwerlich jemals noch ein Optimismus bei Beginn einer Konferenz geherrscht. Man spreche jetzt allgemein davon, daß in Locarno nur der Westpakt unterzeichnet werden sollte und daß die Frage der übrigen Verträge eine spätere Konferenz vorbehalten bleiben würde. Der Sonderkorrespondent der „Morningpost“ schreibt, wenn Deutschland, Frankreich und England auf der Konferenz nicht die Grundlage für die Sicherheit finden würden, so würde die letzte Hoffnung auf eine Entente geschwunden sein. Das sei die in britischen und französischen Kreisen ausgebreitete Ansicht. Der Berichterstatter fährt dann fort, er höre, daß vorläufig keine überabsehbaren Ereignisse in Locarno zu erwarten seien. Weder die endgültige Verfassung der Westpakt-Verträge noch die Frage der übrigen Verträge sei absehbar zu machen. Es verlautet, Briand habe Stresemann und Luther versprochen, daß Frankreich den jetzigen Charakter der Rheinlandbesetzung zu ändern, die Zahl der Beamten im Saargebiet in weitem Maße herabzusetzen, der Rückzug von Köln durch die Engländer zu unterstützen und schließlich sogar mit der Volksabstimmung im Saargebiet und einer Verminderung der dortigen Streitkräfte sich einverstanden erklären werde. Als Gegenleistung werde Frankreich verlangen, daß Deutschland ein Schiedsgerichtsvertrag mit Polen abschließen und den Danziger Korridor garantieren und daß die bestehenden Grenzen nicht mit Gewalt geändert werden dürfen. Deutschland müsse auch einen ähnlichen Vertrag mit der Tschechoslowakei schließen, während Frankreich auf seinem Recht eines Vorgesetzten gegenüber Europa beharren werde. Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ sagt, aus Gesprächen, die er mit verschiedenen Außenministern geführt habe, ersehe er, daß es an gutem Willen nicht fehle. Zur Frage von Deutschlands Abzügen, mit anderen Worten die Abzüge, Außenminister sei auf seinem Standpunkt beharrlich, keinerlei neue Garantien bezüglich Polens, außer den im Artikel 16 der Westpaktverfassung enthaltenen, zu geben, die auf all. Mitglieder des Westpaktbundes Anwendung finden. Man hoffe, daß eine Vereinbarung über den westlichen Balkan erreicht und ein klarer Fortschritt in Richtung auf Herstellung von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei erzielt werden würde.

„Matin“ über Locarno.

Paris, 6. Okt. (Radiobotschaft des „Sor. Tagebl.“) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Locarno meint, daß zwei Fragen eine erste Diskussion herbeiführen würden. Das erste wichtigste Problem sei der Eintritt Deutschlands in den Westpakt, bevor der Balkan und die Schiedsverträge als in Kraft befindlich angesehen werden könnten. Hier kämen die Vorbehalte Deutschlands hinsichtlich des Artikels 16 des Westpaktbundesstatus Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Westpakt und Deutschland bilden. Das zweite Problem sei erster. Es handelt sich um die französische Garantie, die den

Westpakt nicht gefährde. Zur Frage von Deutschlands Abzügen, mit anderen Worten die Abzüge, Außenminister sei auf seinem Standpunkt beharrlich, keinerlei neue Garantien bezüglich Polens, außer den im Artikel 16 der Westpaktverfassung enthaltenen, zu geben, die auf all. Mitglieder des Westpaktbundes Anwendung finden. Man hoffe, daß eine Vereinbarung über den westlichen Balkan erreicht und ein klarer Fortschritt in Richtung auf Herstellung von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei erzielt werden würde.

London, 6. Okt. (Radiobotschaft des „Sor. Tagebl.“) Vorrührlich als die übrigen Sonderkorrespondenten äußert sich der Sonderkorrespondent der „Times“. Er erklärt, man solle auf die Fortschritt des ersten Tages keine allzu großen Erwartungen setzen. Es behalte aber guter Grund anzunehmen, daß die deutsche Delegation abgeschlossen sei, die westlichen und östlichen Verträge gesondert zu behandeln und seiner Verbindung zwischen beiden zuzustimmen. Diese Auffassung sei natürlich der der Franzosen entgegengeleitet.

Das Blatt Lloyd George's äußert seine Befriedigung darüber, daß Chamberlain eine vorläufige Haltung einnehme. Das sei eine Genugtuung, da es für Großbritannien gefährlich sein würde, zu weitgehenden Verpflichtungen zu übernehmen. Das Mittelste, was Großbritannien von Frankreich als Gegenleistung für ein Garantie verlangen könnte, sei, daß es aufhöre, die Boote gegen England zu bauen.

Paris, 6. Okt. (Radiobotschaft des „Sor. Tagebl.“) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Locarno meint, daß zwei Fragen eine erste Diskussion herbeiführen würden. Das erste wichtigste Problem sei der Eintritt Deutschlands in den Westpakt, bevor der Balkan und die Schiedsverträge als in Kraft befindlich angesehen werden könnten. Hier kämen die Vorbehalte Deutschlands hinsichtlich des Artikels 16 des Westpaktbundesstatus Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Westpakt und Deutschland bilden. Das zweite Problem sei erster. Es handelt sich um die französische Garantie, die den

Westpakt nicht gefährde. Zur Frage von Deutschlands Abzügen, mit anderen Worten die Abzüge, Außenminister sei auf seinem Standpunkt beharrlich, keinerlei neue Garantien bezüglich Polens, außer den im Artikel 16 der Westpaktverfassung enthaltenen, zu geben, die auf all. Mitglieder des Westpaktbundes Anwendung finden. Man hoffe, daß eine Vereinbarung über den westlichen Balkan erreicht und ein klarer Fortschritt in Richtung auf Herstellung von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei erzielt werden würde.

London, 6. Okt. (Radiobotschaft des „Sor. Tagebl.“) Vorrührlich als die übrigen Sonderkorrespondenten äußert sich der Sonderkorrespondent der „Times“. Er erklärt, man solle auf die Fortschritt des ersten Tages keine allzu großen Erwartungen setzen. Es behalte aber guter Grund anzunehmen, daß die deutsche Delegation abgeschlossen sei, die westlichen und östlichen Verträge gesondert zu behandeln und seiner Verbindung zwischen beiden zuzustimmen. Diese Auffassung sei natürlich der der Franzosen entgegengeleitet.

Schiedsgerichtsverträgen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn gegeben werden müsse. Die Lösung sei gleicher Art wie bei dem belgisch-deutschen Schiedsgerichtsvertrag erfolgen solle. Die Garantie erstreckte sich sogar auf das sofortige Interventionsrecht, wenn nach Verletzung des Schiedsgerichtsvertrages der Übertreter zu Operationen militärischen Charakters lagerte. Sie sei infolgedessen vollkommen in Einklang zu bringen mit den Allianzverträgen Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei. Die deutschen Minister, wiewohl eine Konvention hinsichtlich des Belgienvertrages oder der Verwirklichung des Saargebietes im Saargebiet fordern. Hier aber bestimme eine große Schwierigkeit, da das Saargebiet vom Westpakt verworfen werde und jede Abänderung des Befehlsgebietes von der Frage der Entwaffnung in Deutschland abhängige.

Dr. Schacht gegen die ausländischen Kredite.

Karlsruhe, 5. Okt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach heute nachmittags im kleinen Saal der Festhalle vor den Mitgliedern der badischen Regierung, sowie Vertretern der Wirtschaft des Landes, der Kommunen usw. über wirtschaftliche Fragen. Er betonte, daß an ein Wieder-aufleben der Inflation schon wegen der bestehenden währungsrechtlichen Gesetze nicht zu denken sei. Die Geldwährung in Deutschland sei ab sofort gesichert. Dr. Schacht behandelte ferner die Frage der Kapitalbeschaffung für unsere gesamte Wirtschaft und führte u. a. aus:

„Ich halte es für ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft durch ausländische Kraft wieder aufgebaut wird. Wir werden uns von dem Gedanken frei machen müssen, als ob das Ausland ein wichtiges Interesse daran hätte, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen und uns dazu krankenlose Mittel zur Verfügung zu stellen. Dr. Schacht sagte dann auseinander, daß in einer zu großen Inanspruchnahme von Auslandskrediten zweifellos währungspolitische und preispolitische Bedenken liegen. Man müsse daher die Auslandskredite auf das allergeringste beschränken. Es besteht ein Anreiz, die sich unmittelbar in einer Steigerung der Produktion, besonders in der landwirtschaftlichen und Exportindustrie auszubilden.“

Über diese beiden Zwecke hinaus seien Auslandskredite auf das schärfste unter die Lupe zu nehmen und das Bumpen der Kommunen im Auslande auf das schärfste zu misbilligen. Der Redner verdeutlichte ferner die Haltung der Reichsbank und bezeichnete es als ausgeschlossen, daß man wieder die Notenpresse in Bewegung setzen werde, um der Wirtschaft etwas zu geben, womit ihr für den Augenblick geholfen wäre. Dr. Schacht erklärte, er wüßte nicht, unter allen Umständen zu welcher Zeit ein Kredit für die Bedürfnisse des Auslandes erfüllt werden würde.

Im übrigen trat er für die Gewährung von langfristigen Krediten ein. Zusammenfassend stellte er folgende Resolution auf: Auslandskredite nur für notwendige, d. h. d. h. nicht aber für unangehörige, absehbare Zwecke. Nachbarmächte der vorhandenen Handelsbilanz in vernünftiger Weise als bisher, größte Staatskraft auf allen Gebieten und endlich starke Economy der Wirtschaft von Seiten des Staates und der Verwaltung durch Beschränkung der öffentlichen Ausgaben. Dr. Schacht stellte mit Genehmigung fest, daß in den letzten Jahren eine vernünftigere Auslegung der Staatsgewalt Platz greife, die Ereignisse hätten die Welt davon überzeugt, daß eine irdische Zusammenarbeit der Völker unter allen Umständen notwendig ist. Dr. Schacht hob die Verbesserung von 20 Milliarden jährlich für die Darlehenszahlungen für möglich, wenn man Deutschland die Voraussetzungen dafür biete, indem man ihm die Märkte der Welt öffne und ihm über Regionen zureife, wo es seine Rohstoffe auf eigenen Gebiete produzieren kann. Er schloß mit einem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft.

Beamtenforderungen.

Das Provinzialparlament Berlin des Deutschen Reichsbundes veranlaßte am Sonntag eine Rundgebung der Beamtenkräfte gegen die neue Besoldungsregelung. Befürworter hatte der Reichsfinanzminister die Forderungen der Beamtenorganisationen auf Gehaltserhöhung abgelehnt mit dem Hinweis, die Finanzlage des Reichs, die den